

Loske streitet erneut mit der Handelskammer Autos als neue Baumnasen?



Die Schwachhauser Heerstraße ist erneut Gegenstand politischen Streits in Bremen.
Foto: Frank Thomas Koch

Von unserem Redakteur
Heiner Stahn

BREMEN. Der Streit um den Ausbau der Schwachhauser Heerstraße geht in die nächste Runde. Stein des Anstoßes diesmal: Bausenator Reinhard Loske (Grüne) will Parken dort zulassen. Kritik kommt von der CDU und der Handelskammer.

„Der Betriebsplan sieht kein Halteverbot vor“, sagte Loske gestern auf Anfrage des CDU-Abgeordneten Dieter Focke. Bei einer 5,5 Meter breiten Fahrbahn sei Parken grundsätzlich erlaubt, so Loske weiter. Der neue Bauabschnitt sei sehr gradlinig und gut einsehbar. Somit werde der Verkehr nicht behindert oder gar gefährdet.

Focke sieht dies anders. Er warf dem Bausenator vor, dieser habe im Beirat Schwachhausen die Anwohner geradezu aufgefordert, dort zu parken, um so Breite der Straße zu reduzieren. Loske wies dies entschieden zurück: „So etwas habe ich nie gesagt. Im Übrigen treffe ich keine Regelungen, da ich von mündigen Verkehrsteilnehmern ausgehe.“ Magnus Buhlert (FDP) meinte hingegen, dass Loske nun parkende Autos anstelle von „Baumnasen“ verwende. Diese in die Fahrbahn hineinra-

genden Bauminseln hatte Loske ursprünglich geplant. Der Senator dementierte auch dies.

Die Handelskammer verwies gestern allerdings darauf, dass Parken, als auch eine einstreifige Verkehrsführung, nicht zulässig seien. Präses Lutz H. Peper führte in diesem Zusammenhang ein von der Kammer in Auftrag gegebenes Gutachten an. Der Verzicht auf die Zweistreifigkeit führe zu einer „Leistungsminderung“ und sei daher mit dem gerichtlich bestätigten Planfeststellungsbeschluss nicht vereinbar. Peper: „Mit derartigen Trickereien, die nur die eigene Klientel bedienen sollen, muss endlich Schluss sein.“

Nachdem die Schwachhauser Heerstraße zwischen Richard-Wagner-Straße und Hollerallee vor dem Abschluss stehe, müsse nun der weitere Ausbau zügig in Angriff genommen werden. Auch dabei müssten zwei vollwertige Spuren je Richtung gebaut werden, so Peper weiter. Die Stadt dürfe nicht – nur weil sich die politischen Vorzeichen geändert hätten – einen vor Gericht (wir berichteten) erwirkten Ausbau nachträglich in Frage stellen. „Das käme einem Schildbürgerstreich und einer Verhöhnung des Gerichts gleich“, so der Präses weiter. Dazu dürfe es nicht kommen.